

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk 6.— ohne Bestellgeld.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meter

Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die einpaltige Zeile, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Textzeile im Reklamenteil 75 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachzahlung. Druck und Verlag:  
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 102.

Mittwoch, den 1. September 1920.

44. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachungen.

#### Die Tagelöhner

1. Martin Leybeder, 17 Jahre alt, Sohn des Josef Leybeder,
2. Robert Leybeder, 17 Jahre alt, Sohn des Hermann Leybeder und
3. Sebastian Murr, 15 Jahre alt, Sohn des Jakob Murr,

famlich in Eibingen wohnhaft, wurden wegen Uebertretung des § 18 des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes vom 1. April 1880 (Entwendung von Birnen zum Nachteil des Herrn Josef Müller hier) mit einer Polizeistrafe von je 30 Mark und den Kosten belegt.

Die Strafen sind rechtskräftig.

Auch in Zukunft werden die Namen der Feld- und Gartendiebe veröffentlicht werden.

Rüdesheim, den 29. August 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

Als gefunden wurde angemeldet:

1. Eine kleine Geldbrieftasche mit Inhalt und
2. ein goldenes Armband.

Die Eigentümer der obenbezeichneten Gegenstände werden zur Anmeldung ihrer Rechte hiermit aufgefordert.

Rüdesheim, den 30. August 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

### Die Neugliederung des Reiches.

Berlin, 30. Aug. Am 14. August 1921 läuft die Sperrfrist ab, die in der Reichsverfassung vorgeschrieben ist, bevor das Recht der einzelnen Glieder, sich durch Volksabstimmung neu zu gruppieren, in Wirksamkeit tritt. Die preussische Regierung sieht diesem Termin in der Hoffnung entgegen, durch passive Resistenz es irgendwie erreichen zu können, daß alles beim alten bleibt. Unter diesen Umständen haben die Verwaltungsreformpläne, die der Staatskommissar Dreus anstrebt, so schreibt die politische Zeitung, wenig Aussicht zur Verwirklichung. Das Blatt fährt fort:

„Dreus will durch Uebertragung eines großen Teiles der staatlichen Aufgaben an die Provinzen Wege zu leistungsfähigen Selbstverwaltungsförderung ausbauen und dadurch den Verfall Preußens, wenn auch nicht gänzlich verhindern, so doch aufhalten und verlangsamen. Aber Braun und Sehering und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen klammern sich an den preussischen Zentralismus, den sie von den Konservativen übernommen haben, um ihn, der natürlichen Entwicklung entgegen, noch zu verschärfen. Unter diesen Umständen sorgt Preußen selbst dafür, daß der Weg mit der Vergangenheit gründlicher und radikalere erfolgt, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Die Provinzial-Autonomie und ihre allmähliche Ausgestaltung zur Länder-Autonomie würde nicht zu der organischen Neugliederung des Reiches führen, die unter Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge große leistungsfähige Selbstverwaltungskörper schafft, ohne Rücksicht auf die Zufälligkeiten der historischen Grenzen, die durch dynastische Interessen und kriegerische Entscheidungen gezogen wurden. Diese organische Lösung darf nicht ohne Plan und Zusammenhang auf Grund rein lokaler Erwägungen und Bedürfnisse erfolgen. Deshalb ist zu wünschen, daß die Zentralstelle, die im Reichsministerium des Innern geschaffen werden soll, sich von großen Gesichtspunkten leiten läßt und es versteht, für diese Gesichtspunkte die Unterstützung des deutschen Volkes zu gewinnen.“

### Neuwahlen in Preußen.

Berlin, 30. Aug. Der demokratische Führer Schiller bespricht in seiner Wochenschau in der „Wagener Zeitung“ die Nachwirkung der politisch-zustim-

men Ereignisse, die sich in bedenklicher Form auch in unserer innern Politik zeigen. Die Vereinbarung der Regierung, die den Eisenbahnerorganisationen eine teilweise Kontrolle der Transporte einräumt, sei ein Schritt von außerordentlicher grundsätzlicher wie praktischer und nach beiden Richtungen hin gefährlicher Tragweite. Sie bedeute nicht mehr und nicht weniger als Nebenregierung, ja sogar Alleinregierung der Gewerkschaften in einem Teil des Verkehrswezens. Zum Schluss sagt Schiller:

„In jedem Fall geht die Autorität der Reichsregierung bei derartigen Erscheinungen mehr und mehr in die Brüche. Sie hat auch nach anderer Richtung schwer mit Zuständen zu kämpfen, die ihr die Wahrung ihrer Stellung aus äußerer erschweren. Insbesondere ist das Verhältnis zu der preussischen Regierung, die auf einer ganz andern politischen Grundlage ruht und ruhig auf ihr fortarbeitet, obgleich sie nur noch formell vorhanden ist und der wahren Willensmeinung des Volkes kaum noch entspricht, auf längere Dauer nicht erträglich. Landtagswahlen in Preußen können schon um des Reiches willen nicht mehr aufgeschoben werden. Diesem beherrschenden Gesichtspunkt gegenüber müssen alle andern Rücksichten, auch die auf das Zustandekommen der Verfassung, zurücktreten. Den Bestand des Reiches zu gefährden, weil eine unerlich unwahre Situation um jeden Preis noch eine Zeitlang aufrechterhalten werden soll, wäre nicht zu verantworten.“

### Regierung und Parteien.

Berlin, 26. Aug.

Im parlamentarischen System, wie es nunmehr in Deutschland nach dem Willen der großen Mehrheit des Volkes durch die Weimarer Verfassung als Regierungsnorm festgelegt ist — ob zum Vorteil oder Nachteil, darüber sich post festum zu erhitzen, ist nicht nur unzweckmäßig, sondern auch unheilvoll —, wird die Regierung von und meistens auch unmittelbar aus denjenigen Parteien gebildet, die auf Grund der Wahlen mit dem Vertrauen des deutschen Volkes ausgestattet, geeignet und bereit sind, die Verantwortung für den Kurs des Staateschiffes zu tragen. Die Bildung einer solchen Regierungskoalition mag in ruhigen, gewöhnlichen Zeiten ein nicht allzu schwieriges Nebenexempel sein, in Zeitläuften leidenschaftlicher politischer Hochspannung aber bedarf es zu einem solchen Entschluß der Uebernahme schwerer Verantwortung, nicht nur eines hohen Grades von Mut und Tatkraft, sondern auch eines von starker Liebe zum Volk getragenen Dyrerwillens. Dabei ist es bei der augenblicklich vorherrschenden prinzipiellen Gegenfälligkeit, ja Feindseligkeit bestimmter Parteirichtungen ebenso schwierig wie selbstverständlich, daß nur solche Parteien sich zu gedehlicher Arbeitsgemeinschaft zum Zweck der Staatsleitung und Staatsverwaltung zusammenfinden können, die im Bürgerfrieden miteinander sich auf einer mittleren Linie bewegen, Extreme vermeiden und gewillt sind, rein selbstische Beweggründe im Verfolg einer starken Parteischablone oder einer einseitig leidenschaftlichen Gefühlspolitik völlig auszuschalten.

Die Parteien, die aus sich heraus die Männer der Regierung stellen, benehmen sich damit nicht etwa jeder Bewegungsfreiheit, vielmehr bleibt auch ihnen nach wie vor das Recht einer vernünftigen, ruhigen und sachlichen kritischen Betrachtung den Maßnahmen und Vorlagen der Regierung gegenüber, sofern sie begründet und berechtigt sind und nicht etwa um ihrer selbst willen betrieben werden, sondern so angelegt sind, daß sie dem Gemeinwohl dienen. Denn in maßvoller und fruchtbarer Kritik besteht unzweifelhaft ein gut Teil gesunden Fortschritts. Wir erinnern uns hierbei an jene berühmte staatsmännische Rede des Zentrumsführers Trimborn, in der er seinerzeit die allzu nachgiebige Haltung der Regierung gegenüber der unrechtmäßigen Einmischung des Herrn Legien und der freien Gewerkschaften anlässlich der Regierungs-umbildung nach der Niederwerfung des Kapp-Unternehmens unter größter Spannung der gesamten Nationalversammlung einer gerechten Beanstandung unterzogen hat. Er hat dadurch unzweifelhaft die Wirkung erzielt, daß er die Position der Regierung den Forderungen der freien Gewerkschaften gegenüber durch dieses, sein Verhalten nicht nur gestützt, sondern auch gestärkt hat.

Die augenblickliche Regierung ist eine Koalition aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten, unter positiver Mitarbeit und Unterstützung der Bayerischen Volkspartei, die zwar keinen Minister gestellt, sich aber der Koalition angeschlossen hat. Diese Parteikonstellation verfährt auf sich über keine absolute Mehrheit im Reichstage, findet aber im allgemeinen die Unterstützung der Mehrheitssozialdemokratie; im übrigen ist sie darauf angewiesen, sich bei den Abstimmungen von Fall zu Fall eine Mehrheit zu suchen, eine nicht

ganz leichte Aufgabe, die aber, wie erwiesen ist, selbst unter diesem System und trotz gefestigter Vorlagen, die zu stärksten Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien führten — man denke nur an die Vorlage des Amnestiegesetzes, das schließlich unter Ausnahme der Deutschnationalen von allen übrigen Parteien angenommen wurde — durchaus lösbar ist, sobald die Parteien sich nicht von blinder Leidenschaft und agitatorischer Demagogie, sondern allein von nüchternen Erwägungen leiten lassen. Die bisherigen Verhandlungen im Reichstage haben, wenn man die Unabhängige Sozialdemokratie ausschaltet, unter den Parteien zweifellos die Erkenntnis gefördert, daß dem Parteihader eine sachliche Prüfung der Dinge vorzuziehen ist; denn anders ist ein Wiederaufbau einfach unmöglich.

Der Gedanke des Staates als einer Volksgemeinschaft, die auf dem Fundament sozialer Gleichberechtigung sich zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen muß, um die Stürme der Zeit zu überdauern, beginnt sich doch mehr und mehr Bahn zu brechen. Er wird auch im Volke Eingang finden, wenn die Parteien als Spiegelbild der Mannigfaltigkeit im politischen Denken mit gutem Beispiel vorangehen und gemeinsam am Wiederaufbau Deutschlands ohne unnötigen verberbliden Haß und Hader zu arbeiten bereit sind, indem sie sich auf den Boden sachlicher Beurteilung zusammensuchen. In diesem Sinne fassen auch die augenblicklichen Regierungsparteien ihre schwere Aufgabe auf, und in diesem Sinne hat vornehmlich das Zentrum keine Mühe gescheut.

### Zur Gründung einer kath. Arbeiterpartei.

Düsseldorf, 30. Aug. Der zur Sozialdemokratie zählende Regierungspräsident Dr. Grüner besuchte gestern die Vertretertagung der katholischen Arbeiter- und Knabenvereine der Erzdiözese Köln. In einer Ansprache begrüßte er, wie das Düsseldorf-Zentrumskblatt berichtet, die katholische Arbeiterchaft der Rheinprovinz als Mitkämpfer, unser Volk über die Not hinwegzubringen, in die es durch den Krieg geraten sei. Er freute sich, zu hören, daß die katholische Arbeiterchaft bereit sei, an der Wahrung der staatlichen Autorität, ohne die eine Gesundung des Volkes nicht denkbar sei, mitzuwirken. Bei der Tagung der katholischen Arbeitervereine nahm man auch Stellung zu der Frage der Gründung einer katholischen Arbeiterpartei gegen das Zentrum. In einer Entschließung wurde zugesagt, daß unter den christlichen Arbeitern sich Bestrebungen geltend machen, mit Hilfe der Gewerkschaftsbewegung eine neue Parteiorganisation ins Leben zu rufen. Man wolle dadurch der Verretung der Arbeiterinteressen eine größere Geltung verschaffen und andererseits dem christlichen Volksteil einen kraftvolleren Zusammenschluß gegenüber dem ungläubigen geben. Die Berechtigung dieser Ziele sei nicht zu verkennen, und die gegenwärtigen politischen Verhältnisse erreichten diese Ziele nur schwer. Trotzdem sei der Vorschlag nicht zu billigen. Eine Verbindung der politischen Bewegung mit der gewerkschaftlichen sei im Interesse der christlichen Gewerkschaften zu verurteilen. Das beweisen schon die augenblicklichen Schwierigkeiten in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung. Die Gründung einer neuen Partei würde eine Schwächung der bestehenden, besonders des Zentrums, bringen und keine schätzenswerte Bedeutung erhalten. Der Vertretertag halte es für erfolgreicher, die Vertretung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands, die unter dem Namen Politisches Komitee der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands schon bestehe, zu einer größeren Aktionsfähigkeit auszugestalten. Durch das neue erweiterte Komitee würden sich bestimmte Reformen in dem gewünschten Sinne anbahnen lassen. Diese Entschließung sagt mit dürren Worten: Von einer besonderen christlichen Arbeiterpartei neben der Zentrumspartei wird zurzeit abgesehen. Es soll aber innerhalb der Zentrumspartei ein möglichst starker Arbeiterflügel die Arbeitermassen zur Geltung bringen.

### Kontrolle der Waffentransporte.

Berlin, 28. Aug. Während die beiden sozialistischen Parteien und die ihnen nahestehenden Verbände, darunter der Eisenbahnerverband und der Transportarbeiterverband, die Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Kontrolle von Munitions- und Truppentransporten aufrufen,

haben die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter, der Allgemeine Eisenbahnerverband und die Gewerkschaft einen offiziellen Beschluß gefaßt, der sich gegen die Eingriffe in die Regierungsbesugnisse wendet. Es heißt darin:

„Die Großorganisationen mißbilligen es, wenn einzelne Organe in unzulässiger Weise in die Hoheitsgewalt der gesetzmäßigen Regierung eingreifen. Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals erklären ferner, daß sie keiner außerhalb des Eisenbahnbetriebes stehenden parteipolitisch zusammengesetzten Stelle ein Kontrollrecht auf Eisenbahntransporte zu erkennen können. Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals und ihre Mitglieder lehnen es ab, von solchen Stellen Weisungen entgegenzunehmen. Sollte solche Kontrolle notwendig sein, so sind sie zwischen allen Großorganisationen des Eisenbahnpersonals und dem Reichsverkehrsministerium zu vereinbaren. Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals bedauern es auf das tiefste, daß durch die beklagenswerten Vorkommnisse der letzten Zeit die öffentliche Meinung noch weiterhin gegen die Eisenbahner aufgebracht worden ist, die größtenteils auf den Einfluß von außerhalb des Eisenbahnbetriebes stehenden Elementen zurückzuführen ist. Für etwaige internationale Verwickelungen zum Schaden des deutschen Volkes und Reiches müssen wir die Verantwortung ablehnen.“

### Neue Anleihepläne.

Berlin, 1. Sept. Die Berliner Politischen Nachrichten schreiben: Statt einer Abnahme der schwebenden Reichsschulden, die seit langem die Höhe der hundertsten Schuld überschritten haben, ist im Gegenteil eine Zunahme eingetreten, und alle Wahrscheinlichkeit spricht, zum mindesten solange die Erträge aus den großen Vermögenssteuern noch nicht eingegangen sind, für ein weiteres Anwachsen der auf Kredit und Wirtschaft schwer drückenden schwebenden Schuld. Gegenüber der immer größer werdenden Finanznot muß endlich, und zwar bald etwas Durchgreifendes geschehen. Das unbefriedigende Ergebnis der ersten Sparprämienanleihe schließt eine Wiederholung dieser Anleiheart zurzeit aus. Von der Auslegung einer Anleihe zu freibändiger Zeichnung würde im Hinblick auf die zunehmende zur Durchführung kommende große Vermögensabgabe schwerlich der notwendige Erfolg zu erwarten sein. Es bliebe somit nur der Weg einer Zwangsanleihe, die schon früher unter dem Gesichtspunkte, die Unterschiede in der Beteiligung an den Kriegsanleihezeichnungen auszugleichen, als zweckmäßig empfohlen wurde. Was das letzte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen ist, so viel ist jedenfalls sicher, daß sehr bald die Reichsfinanzverwaltung zu entscheidenden Maßnahmen greifen muß, um endlich die erste Grundlage für eine Wiedergeburt der Reichsfinanzen zu schaffen.

### Lebensmittelpreise.

Berlin, 31. Aug. Seitdem die Sozialdemokratie nach den letzten Reichstagswahlen aus den verantwortlichen Regierungstellen ausschied, glaubt man in sozialdemokratischen Kreisen wieder zu den alten bequemen Gewohnheiten einer frisch-fröhlichen Opposition zurückkehren zu können. Wie in früheren Jahren greift man vor allem auf das beliebte Agitationsmittel der Lebensmittelpreise zurück, um auf diese Weise bei den Massen eine für die Sozialdemokratie günstige Stimmung zu erzielen. Demgegenüber erscheint es angebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß die jüngst bekannt gegebenen Preisserhöhungen bereits von der früheren Nationalversammlung und Regierung, in der die Sozialdemokratie die ausschlaggebende Rolle spielte, vorgesehen waren. So wurde der letzten mitgeteilte Kartoffelmindesthöchstpreis von 25 M pro Zentner bereits vor einem halben Jahre von der alten Nationalversammlung gesetzlich festgelegt durch Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses, und zwar auf Antrag des sozialdemokratischen Ernährungsministers Robert Schmitt. Die sozialdemokratische Partei hat in dem betreffenden Ausschusse der Nationalversammlung dieser Preisfestsetzung einmütig zugestimmt. Die Preise wurden vorher einer gemischten Kommission von Erzeugern, Verbrauchern und Städten, der auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine angehörten, gebilligt. Angesichts der heutigen Haltung mancher sozialdemokratischen Pressorgane scheint es notwendig, an diese früheren Vorgänge besonders zu erinnern.

### Nitz im Beamtenverband

Berlin, 30. Aug. Auf dem 4. Verbandstage des Allg. Verbandes deutscher Bankbeamten kam es zu einer neuen Spaltung innerhalb des Verbandes. Es habe sich eine starke Strömung gegen die Geschäftsleitung, vor allem gegen die Geschäftsführer Darke und Emonts, geltend gemacht und es sei gefordert worden, daß der allgemeine Verband deutscher Bankbeamten unter Ausschaltung jeglicher politischer Interessen die Interessen seiner Mitglieder auf rein freigewerkschaftlicher Basis zu wahren habe. Nachdem Emonts erklärt habe, daß er keinesfalls zurücktreten könne, verließen die Vertreter von Bayern, Württemberg, Baden und Rheinland-Westfalen den Verbandstag unter Protest.

### Interalliierte Rheinlandkommission

Coblenz, 28. Aug. Die interalliierte Rheinlandkommission hat auf Grund ihrer Verordnung 12 betr. Ergänzung des Art. 18 der Verordnung 2 beschlossen, ihren Delegierten in den Kreisen Ludwigshafen, Neuß, Mörs und Krefeld die Ermächti-

gung zu erteilen, für einen Zeitraum von zwei Monaten unter Androhung der für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen vorgesehenen Strafen, alle Sitzungen oder Versammlungen zu untersagen, welche die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind und sofern es ihnen notwendig erscheint, den Aufenthalt auf der Straße während der Nachtzeit zu verbieten.

### Willerand am Rhein

mz. Paris, 30. Aug. Nach dem „Petit Parisien“ wird Willerand zu einem siebenstägigen Aufenthalt nach Elsaß-Lothringen und den Rheinlanden abreisen. Er wird am 5. September in Metz eintreffen und sich am folgenden Tage nach den Rheinlanden, besonders Köln, Bonn, Coblenz, Mainz und Worms begeben. Er wird sich drei Tage im Rheinland aufhalten und dann nach dem Elsaß zurückkehren.

### Deutsche Ueberleitungskommissare von den Polen verhaftet.

mz. Marienwerder, 31. Aug. Am Sonntag wurden die beiden deutschen Ueberleitungskommissare von Schwes und Thorn, die Organe der Reichs- und Staatsregierung, von den Polen verhaftet, aber am nächsten Tage wieder freigegeben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß ihre ursprünglich angezeigten Personalausweise in Ordnung waren.

Zu der Verhaftung wird noch berichtet: Die Verhaftung des Schweser Ueberleitungskommissars geschah angeblich unter Spionageverdacht. Der Kommissar wurde zum Starosten gebracht, wo er seinen ebenfalls verhafteten Sekretär vorfand. Dieser wurde am Sonntagnachmittag wieder freigelassen. Der Ueberleitungskommissar blieb bis zum nächsten Tage in Untersuchung und durfte Schwes nicht verlassen. Erst auf die Intervention des Starosten wurde er am folgenden Tage wieder freigelassen, doch mußte er Schwes alsbald wieder verlassen. Der deutsche Ueberleitungskommissar von Thorn wurde am 19. August bei einer Dienstreife bei Marienwerder in Roggenhausen aus dem Zuge heraus verhaftet. Den polnischen Beamten war ein versiegelter Brief gefallen, den der Ueberleitungskommissar bei sich führte. Der Kommissar wurde trotz seines Protestes nach Graudenz verbracht. Dort erkannte der Starost, dem er auf sein Verlangen vorgeführt wurde, den geschickten Uebergriff und stellte dem Kommissar neue Ausweise aus. Auf dem Bahnhof wurde der Kommissar dann erneut von Bürgerwehren verhaftet, die den Ausweis des Starosten als nicht ausreichend befanden. Der Kommissar wurde in eine Kaserne verbracht, wo er die Nacht in einer Arrestzelle verbringen mußte. Erst am nächsten Morgen wurde er einem Offizier des Generalkommandos vorgeführt, der ihn sofort entließ. Daraufhin sandte der Starost den Kommissar zwecks Fortsetzung seiner Reise nach Marienwerder in seinem Dienstauto und in Begleitung des Grenzkontrollkommissars bis an die deutsche Grenze. Von Marienwerder aus geschah dann die Zurückführung des Ueberleitungskommissars nach Thorn persönlich durch den polnischen Generalkonsul in seinem Auto.

### Ein polnischer Massenmord.

Kattowitz, 31. Aug. Ueber den Massenmord von Josephthal bei Deutsch-Bickar, wo nun schon zehn Leichen graulich getöteter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit entsetzlichen Einzelheiten ein. Von privater Seite wird uns berichtet: Der Schauplatz der Leichenfunde ist ein kleiner Nadelwald dicht an der Grenze. Alle zehn Opfer stammen aus dem Schlafhaus in Maczejkowitz, das von den Polen am 20. August erstürmt wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkannt ist bisher nur eine von den Leichen und zwar als die des Schlafhausmeisters Loz. Als einer der Täter wird ein gewisser Rydof genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend aufgewiegelt haben soll; er ist seit der Untat flüchtig. Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zutage gefördert wurden, boten ein grauerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerstörenden Wirkung der Kofschüsse sind die Schüsse alle aus nächster Nähe abgegeben worden. Aber gerade deshalb zwingen eine Anzahl Schüsse zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberkleidung, des Schutzeugs usw. beraubt und wie Viehtäbaver durcheinandergeworfen. In deutschen Kreisen ist man überzeugt, daß diese Viehische Mordtat nicht die einzige ihrer Art ist, und daß die meisten von denen, die von den polnischen Truppen weggeschleppt wurden, ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

### Bahnhofskontrolle

mz. Kattowitz, 31. Aug. Die Besatzungstruppen üben seit einigen Tagen auf verschiedenen Bahnhöfen Oberschlesiens eine scharfe Kontrolle der Reisenden aus. In Kattowitz liegt der Polizeidienst meist noch in den Händen der Polen, die größtenteils bewaffnet sind. Die polnisch-deutsche Grenze ist vollkommen offen. Entschädigungsforderungen sind in großer Zahl angemeldet worden.

### Der Vorfall in Breslau.

#### Die französischen Sühneforderungen

Berlin, 31. Aug. (Wolff.) Die von der französischen Botschaft heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. August beehre ich mich, Eurer Excellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August zgetragen hat:

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder instand gesetzt. 2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, sowie für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat. 3. Alle am Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt. 4. Gegen die Disziplinarbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalls möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält. 5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des französischen Botschafters wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erweist Ehrenbezeugungen und desfilirt vor dem Konsulat. Das Programm des Vergangs wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt. Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beleidigung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Bestrafung gegen den Hauptmann v. Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Ruhe und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente an Veransfordernungen absehen, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung geradezu ermüdet. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will. In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft binnen kürzester Frist durch den Reichskanzler ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfang gewährt werde. In übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die interalliierten Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(Gec.) Charles Laurent.

\*

Berlin, 31. Aug. Das Reichskabinett trat heute nachmittag in Gegenwart der preussischen Minister zur Beratung über die vom französischen Botschafter Laurent überreichte Note über die Sühneforderungen wegen der Breslauer Vorgänge zusammen. Das vorläufige Ergebnis der Beratungen war, daß der Minister des Auswärtigen Dr. Simons sich im Anschluß an die Aussprache im Kabinett zu dem französischen Botschafter Laurent begab, um mit diesem persönlich die Angelegenheit zu besprechen. Auf Grund dieser Aussprache sollen morgen die Besprechungen im Kabinett fortgesetzt werden.

### Der russisch-polnische Krieg.

mz. Moskau, 31. Aug. Eine Kundgebung der Regierung besagt: Die russische Armee hat in neuen Stellungen die Umgruppierung vollzogen und die Offensive wieder aufgenommen. Sie hat bereits einige Ortschaften in der Nähe von Bialystok und West-Piotrow wieder genommen. In Galizien haben die russisch-ukrainischen Armeen ebenfalls neue Erfolge gegen die Polen erzielt. Die polnischen Erzählungen über ungeheure Verluste der russischen Armeen gehören in das Reich der Fabel. Es gab wohl schwierige Tage während des Rückzuges der russischen Abteilungen, die aber in schwieriger Lage ihren Besatzungen und sich in neue Stellungen umgruppierten.

In der „Wost. Ztg.“ wird die Frage behandelt, ob die Russen nach den großen Verlusten an Menschen und Material noch eine Offensive unternehmen könnten. Das Blatt ist der Ansicht, daß in der Gesamtfrage ein Umschwung zugunsten der Russen in nächster Zeit kaum zu erwarten sei.

\*

Paris, 30. Aug. Havas meldet aus Warschau: Die letzten Nachrichten, die die polnische Regierung aus Wlinsk erhielt, lassen erkennen, daß die Arbeit in Wlinsk vollständig unmöglich ist.

Der M...  
könne f...  
werden.  
der St...  
Wiederu...  
weiterz...  
tion beg...  
nach Br...  
die pol...  
gehe, so...  
bedre.

Ron...  
Agentur...  
des St...  
Sapier...  
polnisch...  
zentra...  
dung v...  
and vol...  
polnisch...  
sehen, ...  
Grenze...  
verne...  
nicht fe...  
die Bild...  
von Gro...

Lon...  
über di...  
zwischen...  
Times...  
Zeite, d...  
schen J...  
laufen d...  
ferner, d...  
bestimm...  
lehen w...

Mos...  
schlage...  
dingung...  
Die S...  
Selbstän...  
Republik...  
Polen je...  
ohne Ein...  
kam.

Zu P...  
keiner d...  
ersehen...  
polnische...  
Grenze...  
Die Kr...  
Betracht...  
es für u...  
torium...  
in seinen...  
zu lassen...

Zu P...  
tung ein...  
erlegen...  
Bolltes...  
augenich...  
spiele d...  
rinas II...  
rungen...  
librie...  
weil es...  
den Wl...  
aufsehr...  
zeit, sei...

Zu Bu...  
allein an...  
Rann...  
möglich...  
wenn die...  
was Pol...  
lange he...  
Ergänzu...  
ben ein...  
veränit...  
Angeleg...  
solche ü...  
können.

Entbro...  
tann die...  
händen...  
Demobil...  
einzig ric...  
demobilis...  
schluß.

\* Rük...  
ländische...  
auf sein...  
Berein...  
Tätigkeit...  
mein bek...  
legemrich...  
Die außer...  
schweren...  
Frauener...  
pflege un...  
Krieger...  
müssen be...  
ang des...

Der Mast der drahtlosen Station zerbrach, deshalb konnte keine Verständigung mit Warschau hergestellt werden. Die polnische Regierung protestierte bei der Räteregierung gegen die Schwierigkeit der Verbindung und bat, die Verhandlungen in Riga weiterzuführen. Der Chef der polnischen Delegation begab sich mit der ganzen polnischen Delegation nach Bresch-Litowsk. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die polnische Delegation nicht mehr nach Warschau gehe, sondern mit Sapieha nach Warschau zurückkehre.

\*

Litauen, 30. Aug. (Litauische Telegraphen-Agentur.) In einer Note des litauischen Ministers des Aeußern an den polnischen Minister Fürsten Sapieha wird erklärt, daß Litauen im russisch-polnischen Kriege auch weiterhin seine volle Neutralität beobachten werde. Zur Vermeidung von Zusammenstößen zwischen litauischen und polnischen Truppen schlägt die litauische der polnischen Regierung vor, ihren Truppen zu befehlen, die von litauischen Truppen bewachte Grenze Litauens nicht zu überschreiten. Im Gouvernement Suwalki, wo die litauische Grenze noch nicht festgelegt ist, schlägt die litauische Regierung die Bildung einer vorläufigen Demarkationslinie von Grabowa über Augustowo nach Statin vor.

\*

London, 30. Aug. Die Blätter melden, daß über die Antwort an Rußland Verhandlungen zwischen London, Paris und Rom stattfinden. Die Times erfährt hierzu von wohlunterrichteter Seite, daß eine weitere Aktion der englischen Regierung mit Rücksicht auf das Einlenken der Russen zurzeit nicht nötig sei, und ferner, daß die alliierten Regierungen Polen eine bestimmte Grenze des militärischen Vormarsches setzen würden.

### Warschau und Moskau.

Moskau, 31. Aug. Die polnischen Gegenanschläge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen belegen u. a. zu Punkt 1:

Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Es ist selbstverständlich, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbständig ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann.

Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Obergrenze Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen.

Zu Punkt 3. Die Absicht, Polen die Verpflichtung einer Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Rußland folge augenscheinlich mit vollem Bewußtsein dem Beispiele der Politik Peters des Großen und Katharinas II., einer Politik, welche dieselben Forderungen stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. Es setzt uns umso mehr in Erstaunen, weil es doch bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe brachte und nicht im geringsten die Absicht zeigt, seine eigene Wehrmacht zu beschränken.

Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200000 Mann zu halten. Für Polen wird es dann erst möglich sein, an die Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht hat, was Polen als echt demokratisches Reich schon lange heiß ersehnte. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen würden einen völligen Umsturz der Basis der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und als solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden können.

Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisation ihre Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisieren, und zwar sofort nach Friedensschluß.

### Bermischte Nachrichten.

\* Rudesheim, 1. Sept. Der hiesige „Watersländische Frauenverein“ konnte im verfloffenen Monat auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Was der Verein während dieser langen Zeit an fürsorglicher Tätigkeit auf allen Gebieten geleistet hat, ist allgemein bekannt. In bester Erinnerung steht noch das segensreiche Wirken des Vereins in den Kriegsjahren. Die außerordentlichen Verdienste, die sich in dieser schweren Zeit die Mitglieder des „Watersländischen Frauenvereins“ durch die Kranken- und Verwundetenpflege und die Fürsorge für die Angehörigen der Krieger und deren Hinterbliebenen erworben haben, müssen besonders anerkannt werden. Nach Beendigung des Krieges hat der Verein sich wieder seinen

friedensmäßigen Aufgaben zugewandt. Neuerdings bringt er vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellte Auslandslebensmittel, deren Preise durch Zuschüsse aus Vereinsmitteln beträchtlich herabgesetzt worden sind, zur Verteilung. Diese Lebensmittel werden an Bedürftige des Mittelstandes und an arme alte Personen von dem Vorstandsmitgliede Frau Verta Jung Bwe. hier selbst, Markt Nr. 14, bis zum 15. September 1920, Mittwochs und Freitags nachmittags von 4—6 Uhr ausgegeben. Anträge auf Zuteilung von Lebensmitteln sind an diese Adresse zu richten.

KB Rudesheim, 1. Sept. Vom schönsten Wetter begünstigt, feierte am letzten Sonntag der „Männergesangsverein“-Braubach sein 77jähriges Stiftungsfest. Ein würdiger Kommerz mit Ehrung verdienter Mitglieder leitete am Vorabend die Feier ein. Am Festtage selbst bewachte sich ein imposanter Festzug durch die reichgeschmückten Straßen des alten Städtchens, welcher am Kriegerdenkmal endete. Dortselbst fand eine Begrüßung statt, wozu sich die drei Braubacher Gesangsvereine zu einem Massenchor „Sonniger Lenz am Rhein“ von Liebenschied verstanden, unter dem Dirigenten Musikdirektor Stollewerk-Soblenz. In herzhaften und begeisterten Worten feierte Herr Bürgermeister Schüring-Braubach den Jubelverein, den deutschen Männergesang, das deutsche Lied; sein Hoch galt denselben. 24 Vereine hatten sich nach beendeter Begrüßungsfeier zu friedlichem Wettstreit eingefunden und verteilten sich in den Saalbau „Rheinberg“ und die alte Barbarakirche. In letzterer hatten die größeren Vereine vom Niederrhein und Mosel Platz gefunden und als einziger Verein vom Oberrhein der „Männerchor Harmonie“-Rudesheim. Nicht leicht wurde den Preisrichtern ihre Aufgabe gemacht, denn durchweg waren nur gute Leistungen zu verzeichnen, und dürfen unter solcher Konkurrenz die Beteiligten nur mit Befriedigung auf ihre Erfolge schauen. Wertgegenstände hatte man mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse und das gute Einvernehmen der Vereine zu einander, bei der Preisverteilung weggelassen und nur Diplome mit Wertung vorausgab. Hierbei erhielt der „Männerchor Harmonie“-Rudesheim mit 82 Punkten ein Ehrendiplom mit dem Prädikat „Sehr gut“. Diese Auszeichnung ist den wackeren Sangesfreunden nur zu wünschen, gibt sie doch wieder Anlaß zur weiteren Pflege des deutschen Liedes und eines schönen harmonischen Vereinslebens. Lied hoch! Interessenten zur Kenntnis, daß die Ehrenurkunde im Schaufenster des Uhrmachers Mich. Schwank, Kirchstraße, ausgestellt ist.

\* Rudesheim, 1. Sept. Am letzten Montag fanden an der Hess. Baugewerkschule in Bingen mit Abschluß des Sommerhalbjahres die Abgangsprüfungen statt, an welcher sich in der Hochbauabteilung 10, in der Tiefbauabteilung 21 Schüler beteiligten, die sämtlich ihre Prüfung bestanden haben; u. a. Wilh. Schulte-Sasse, Disteln, 3. St. hier (Hochbau), Wilh. Diebener und Wilh. Philipp-Rudesheim (Tiefbau).

\* Rudesheim, 1. Sept. (Keine Sedanfeiern.) Der Kultusminister hat folgende Verfügung erlassen: Jede Schulfeier am Sedantage hat zu unterbleiben. Am 1. wie am 2. September ist ein regelmäßiger Schulunterricht durchzuführen.

KA. Rudesheim, 1. Sept. Es wird wohl allgemein bekannt sein, daß infolge der Lieferungen an die Alliierten gemäß dem Abkommen von Spa die deutsche Kohlenversorgung außerordentlich gefährdet ist, und daß nicht mit ausreichender Lieferung für den kommenden Winter gerechnet werden kann. Umso notwendiger ist es, daß die Bevölkerung Gebrauch macht von der Möglichkeit des Bezuges von Rohbraunkohlen, die bis auf weiteres ohne Bezugsschein zur Abgabe gelangen. Wie wir hören, ist die Frage in einer Versammlung der Bürgermeister des Rheingaukreises gestern nochmals eingehend erörtert und es ist dabei darauf hingewiesen worden, daß seitens der Kreisverwaltung alles geschehen ist, um diese Braunkohlen der Bevölkerung des Rheingaukreises zuzuführen. Wenn die Kreiseinwohner von der Möglichkeit, sich ohne Beschränkung auf bestimmte Mengen Hausbrand in Gestalt von Braunkohlen für den kommenden Winter zu besorgen, jetzt keinen Gebrauch machen, so haben sie sich im Falle der Nichtlieferung anderer Brennstoffe während des Winters die Folgen selbst zuzuschreiben. Es ist erklärlich, daß eine gewisse Abneigung gegen die Verwendung von Braunkohlen besteht und zwar umso mehr, als während des Krieges häufig minderwertige Kohlen (Gruf usw.) geliefert wurde. Vorliegend ist aber Gewähr für die Lieferung von Stückkohlen gegeben. Bestellungen nehmen, wie wir zum Schluß noch anführen wollen, die Gemeindebehörden oder der ortsanässige Handel entgegen.

Borch, 30. Aug. Aus fünfjähriger russischer Gefangenschaft (Sibirien) ist gestern Rudermeister Wilhelm Glynzer zur Freude seiner Familie nach hier zurückgekehrt.

Wiesbaden, 31. Aug. Laut „Wiesb. Ztg.“ hat ein Wiesbadener eine Erfindung zum Patent angemeldet, die auf Grund der chemischen Wirkung der Elektrizität eine rationelle Ausnützung bestehender Wasserkräften mit angegliedertem Elektrizitätswerk zur Erschließung unererschöpfter Wärmequellen ermöglichen soll. Durch die Ausnützung dieser Erfindung, die nach dem Urteil von Fachleuten als Beitrag zur Lösung der Kohlennot von weittragender Bedeutung sein werde, würde namentlich die Freistaaten mit reichen Wasserkräften, wie Bayern und Baden, in hohem Maße vom Bezug der Kohle frei werden.

Mainz, 30. Aug. Nach schulärztlichem Bericht sollen von den Mainzer Schulkindern nicht weniger als siebzig Prozent lungenkrank sein. Diese Zahl spricht eine gerade furchtbare Sprache und beleuchtet grell die schweren gesundheitlichen Einwirkungen der Kriegszeit und Nachkriegszeit auf die kommende Generation. Hier steht wie ein Gespenst eine Sorge auf, der gar nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet werden kann.

Frankfurt, 20. Aug. (Neue Forderungen der Eisenbahner.) In Frankfurt a. M. veranstaltete die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter eine Versammlung, die in mehreren Entschlüssen eine Ausgleichszulage, Erhöhung der Teuerungszulage von 50 auf 100 Prozent und sofortige Auszahlung von je 1000 Mark verlangte.

Saarbrücken, 28. Aug. Der Kreistag lehnte einmütig das Gesuch des Gastwirteverbandes des Saargebietes um vermehrte Erlaubnis zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten ab. Bei der Kirmes des Bergmannsdorfes Schnappach waren die Tanzsäle überfüllt, obwohl allein das Eintrittsgeld für Herren 16 Mark, für Damen 8 Mark betrug.

Düsseldorf, 27. Aug. Wegen Kohlenmangels ist die Rheinische Metall- und Maschinenfabrik gezwungen, mit Montag, den 30. August, einen Teil des Betriebes stillzulegen. Wie der Vorstand in einem Anschlag bekannt gibt, wurde dem Werk im laufenden Monat nur ein ganz geringer Teil der ihm zustehenden Kohlenmenge zugewiesen, und die Vorräte wurden fast ganz aufgebraucht. Der Vorstand hofft, daß die Kohlenbelieferung sich in nächster Zeit bessert und dann der Betrieb in größerem Umfang wieder aufgenommen werden kann.

Essen, 30. Aug. Aus den kürzlich vom Reich bewilligten 300 Millionen Mark für Wohnungsbauten sind dem Präsidenten des Siedelungsverbandes Ruhrkohlenbezirk 150 500 000 Mark zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt worden.

Leipzig, 30. Aug. Die Leipziger allgemeine Mustermesse begann gestern mit nahezu 13 000 Ausstellern.

Haag, 30. Aug. Am 1. September beginnt der Luftpostdienst Amsterdam—Hamburg—Malmö mit einer Zwischenlandung in Berlin und Anschluß nach Berlin. Abreise in Amsterdam morgens 8 Uhr, Ankunft in Berlin 3 Uhr nachmittags.

### Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7

Lieferung gebiegener  
**Rüchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen**  
für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte Teilzahlung ohne Preis-erhöhung gestattet  
Teilausstellung in Rudesheim a. Rh. bei:  
Sattlermeister W. Thomas, Oberstraße.

### Nau & Bollenbach Spezialgeschäft für Kellereiartikel Bingen a. Rh. jetzt Rathausstrasse 15

empfehlen alle zum Kellereibetriebe erforderlichen Bedarfsartikel in bester Qualität zu billigsten Tagespreisen.

# Brennholz-Versteigerung.

Am Dienstag, den 14. September d. Js., vorm. 9 Uhr,  
wird im Rathausaale dahier das im Distrikt 7, „Buchenloch“ lagernde  
**Lohholz (ungefähr 250 Raummeter Knüppel)**

nur an hiesige Ortseingeseffene zum eigenen Gebrauch öffentlich versteigert und zwar  
zunächst im beschränkten Vielerkreis an solche, die nachweisen können, daß sie  
bisher weder im Staats- noch im Stadtwald Brennholz erwerben konnten. Mehr  
als 4 Raummeter werden auf die Haushaltung nicht abgegeben.

Rüdesheim a. Rh., den 31. August 1920.

Der Magistrat: Neumann.

In meiner hier allgemein bekannten Mietsrechtsache wurde von  
gegnerischer Seite aktenmäßig festgelegt, daß man meinen Sohn  
bei der französischen Behörde zur Anzeige bringen werde.

Tatsächlich wurde bei dem französischen Kommando die schrift-  
liche Anklage erhoben, daß derselbe Fuchsfelle gestohlen haben sollte.  
Daraufhin fand die Beschlagnahme der Pelze statt. Inzwischen  
stattgefundenen Nachforschungen in Frankreich haben nunmehr ein-  
wandfrei ergeben, daß die vorerwähnten Gegenstände rechtmäßig er-  
worben sind. Mit Genehmigung der französischen Behörde bringe  
ich nachstehendes Schreiben der Administration zu Wiesbaden zur  
öffentlichen Kenntnis.

Lange, Lehrer.

Wiesbaden, le Juillet 1920.

Le Directeur du Service Français  
de la Restitution

à Monsieur LANGE, Geisenheimerstrasse 40  
RÜDESHEIM.

Je vous informe que l'enquête poursuivie en France, ayant démontré  
la provenance régulière des deux peaux de renard saisies à votre domicile,  
lors de la perquisition opérée en Février dernier, ces objets sont à votre  
disposition au bureau du service Mobilier de la Restitution, Cécilie-Hôtel  
60 Wilhelmstrasse à Wiesbaden où ils vous seront remis contre présen-  
tation de cette lettre.

P. Le Directeur  
P. O. Le Chef de Service  
Gruettely.

## Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.


Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im  
Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8-10 Tage, Trauersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdesheim und Umgegend: 

Schneidermeister Schön, Rüdesheim, Neustrasse 12.

Für Assmannshausen:

Schneidermeister Reutershan, Assmannshausen, Gollenbachstr. 1.

## Neues Lichtspieltheater Saalbau Rölz, Rüdesheim.

Samstag, den 4. u. Sonntag, den 5. September  
gelangt zur Aufführung:

I.

### „Wenn vier dasselbe tun“

Lustspiel in 3 Akten.

II.

### „Der Dolch des Malayan“

Das australische Abenteuer des berühmten Detektivs  
Joe Deeb in 4 Akten.

Beginn Samstag pünktlich 8 Uhr, Sonntag pünktlich  
von 5.30 Uhr ab durchlaufendes Programm.

Kinder haben keinen Zutritt.

Die Vorstellungen finden wieder regelmäßig jeden  
Samstag und Sonntag statt.

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direktion.

## Achtung!

Ein kleiner Zwergpinscher (Hündin), schwarz mit  
weißen Pfoten, auf den Namen „Jannes“ hörend,  
entwendet. Ueber den Verbleib des Hundes wird  
um Auskunft gebeten an Tenschert, Wertermühle.  
Gute Belohnung wird zugesichert.

Für die Reisezeit empfehlen wir die  
Benutzung unserer neuen erstklassigen  
Tresor-Anlage zur Aufbewahrung  
von Wertgegenständen in Kassetten,  
Kisten, Koffern.  
Besichtigung der Anlage bereit-  
willigst gestattet.

Städtische Sparkasse Viebrich.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei  
dem so plötzlichen Hinscheiden meiner lieben, unver-  
gesslichen Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter,  
Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Therese Trapp

geb. Kaiser

sagen wir Allen, besonders den zahlreichen Kranz- und  
Blumenspendern unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

## Familie Josef Trapp.

Rüdesheim a. Rh., den 31. August 1920.

## Sessel, Reisetörbe,

Wassertörbe rund, oval und eckig,

Handtörbe mit und ohne Deckel,



Grüne Körbe in verschiedenen Größen

Philipp Becker,

Korb- und Stuhlflächerei  
Bingen, Salzstraße 6.

## A. Meier's Buchdruckerei

### Anfertigung

sämtlicher  

  Drucksachen

für

Geschäfte und Private.

Rüdesheim am Rhein

Kirchstrasse.

## Sport-

Fußball-

Ruder-

Turn-

Trikot- u. Hosen

Sportstrümpfe

jeder Art und Farben.

Vorteilhafte Preise.

Franz Brüning

Nachfolger

Wäsche-Spezialgeschäft

Bingen, Schmittstr. 8.

Tüchtiges

Hausmädchen

gesucht. Zu erfragen in  
der Exped. ds. Bl.

Besseres

ig. Mädchen,  
bemandert in allen Haus-  
arbeiten, sucht Stellung  
im Rheingau. Off. unter  
5489 W. an die Exp.  
ds. Bl.

Ein einfaches

möbl. Zimmer  
mit Pension zu ver-  
mieten. Näheres in der  
Exped. ds. Bl.

Kupfervitriol

Weinbergs-Schwefel

Uraniagrün

Nikotin

allerbeste Qualitäten sofort

ab Lager lieferbar

Julius Hinckel Sohn

Filiale Kreuznach,  
Mannheimerstrasse 63  
Fernsprecher Nr. 808.